



Brüssel, den 29. November 2022
(OR. en)

14771/22

SAN 609
PHARM 177
MI 877
SOC 656
RECH 632
EDUC 410
DIGIT 226

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Betr.: Schlussfolgerungen zur Impfung als eines der wirksamsten Instrumente zur Prävention von Krankheiten und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit
- *Annahme*

1. Der Vorsitz hat der Gruppe „Gesundheitswesen“ am 14. September 2022 einen Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Impfungen als einem der wirksamsten Instrumente zur Prävention von Krankheiten und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit vorgelegt.¹
2. Die COVID-19-Pandemie hat das Problem der Impfskepsis erneut deutlich gemacht und den Wert der Zusammenarbeit innerhalb der EU bei der Prävention und Eindämmung der Ausbreitung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten unter Beweis gestellt. Diese beiden Aspekte der Impfpolitik waren für den tschechischen Ratsvorsitz eine Priorität. Neben verschiedenen anderen Veranstaltungen zu diesen Themen lieferten die Videokonferenz der Mitglieder der Gruppe „Gesundheitswesen“ (hochrangig) vom 26. Juli 2022 und die informelle Tagung der Gesundheitsministerinnen und -minister vom 7. September 2022 Beiträge zu dem Vorschlag für Schlussfolgerungen des Rates.

¹ Dok. 12396/22.

3. Die Gruppe „Gesundheitswesen“ hat den Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates in drei Sitzungen geprüft und am 31. Oktober 2022 nach weiteren informellen Konsultationen eine vorläufige Einigung erzielt.
4. Am 25. November hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter den Entwurf von Schlussfolgerungen, über den die Gruppe eine vorläufige Einigung erzielt hatte², gebilligt und beschlossen, ihn dem Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) zur Billigung auf seiner Tagung am 9. Dezember 2022 zu übermitteln.
5. Der Rat wird ersucht,
 - die als Anlage beigefügten Schlussfolgerungen billigen und
 - zu beschließen, dass sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden.

² Dok. 14610/22.

Schlussfolgerungen zur Impfung als eines der wirksamsten Instrumente zur Prävention von Krankheiten und zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit

Einleitung

Impfungen gelten als eines der wirksamsten Instrumente im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Prävention von Krankheiten und zur Abmilderung ihrer schädlichsten Auswirkungen.

Impfungen sind nicht nur für Kinder wichtig, sondern für den gesamten Lebensverlauf. Die Entwicklung von Impfstoffen markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der Medizin und hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Viele Krankheiten wurden durch Impfungen verhindert, wodurch sich die Belastung der Gesundheitssysteme verringert und schätzungsweise 3,5 - 5 Millionen Todesfälle pro Jahr verhindert werden³. So konnten dank Impfungen die Pocken ausgerottet werden.

Heute sind Impfungen jedoch ein Opfer ihres eigenen Erfolgs. Manche Menschen sehen nicht mehr die Auswirkungen von Infektionskrankheiten, die infolge von Impfprogrammen nicht mehr auftreten, und viele stellen möglicherweise gerade deshalb die Bedeutung des Impfens in Frage. Die Durchimpfungsraten fallen EU-weit in vielen Regionen deutlich unter die empfohlenen Werte. Unter solchen Umständen können Infektionskrankheiten leicht zurückkehren. Ein Beispiel hierfür ist die Masernepidemie, die in den letzten Jahren in einer Reihe von europäischen Länder ausgebrochen ist.

Die Bereitschaft der Menschen, sich mit sicheren, wirksamen, empfohlenen und verfügbaren Impfstoffen impfen zu lassen, ist in den letzten Jahrzehnten zum Problem geworden. Die Impfskepsis wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als eine der zehn größten Gefahren für die globale Gesundheit eingestuft. Zudem unterscheidet sich dieses Problem je nach Kontext, Land und betroffenem Impfstoff, wodurch es zu einer besonderen Herausforderung wird. Es gibt keine Universallösung, sondern es bedarf neben gezielten Kommunikationskampagnen kontinuierlicher Anstrengungen, um den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern, ihre Sorgen zu verstehen und maßgeschneiderte Impfstrategien zu entwickeln.

3 https://www.who.int/health-topics/vaccines-and-immunization#tab=tab_

Durch die COVID-19-Pandemie sind der Umfang und die Tragweite dieses Problems noch deutlicher zutage getreten. Die Impfskepsis im Zusammenhang mit COVID-19 wurde durch verschiedene Faktoren maßgeblich beeinflusst, allen voran Bedenken hinsichtlich der wahrgenommenen Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffs. Während die COVID-19-Impfkampagnen in einigen EU-Mitgliedstaaten keine besonders hohen Impfquoten bewirkten, wurden in anderen Teilen der Europäischen Union beeindruckende Ergebnisse erzielt.

Als positives Ergebnis wurde durch die Pandemie auch die Entwicklung einer Reihe wichtiger Lösungen und Instrumente vorangebracht, die wir heute bereits nutzen können. Bedeutende Entwicklungen wurden beispielsweise bei der Digitalisierung erzielt – mit der Erfassung und dem Austausch von Daten auf EU-Ebene sowie mit der Einführung des digitalen COVID-Zertifikats, das einen wichtigen Meilenstein bei der Festlegung eines globalen Standards als Teil der Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Eindämmung der Ausbreitung der Pandemie darstellt. Die EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe⁴ ist ebenso wie die anschließende Einrichtung der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) ein wichtiger Schritt, um die Entwicklung, die Beschaffung, den Kauf und die Verteilung von medizinischen Schutzmitteln wie Impfstoffen und Therapeutika auf EU-Ebene zu gewährleisten. Eine weitere, ebenso bedeutende Leistung ist die Errichtung der Europäischen Gesundheitsunion, die auf die Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion wichtiger Agenturen abstellt.

Wir müssen Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen, um für künftige Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit ausreichend gerüstet zu sein. In dieser Hinsicht kann der Zustrom von Vertriebenen in die EU eine Herausforderung für die öffentliche Gesundheit darstellen – zuallererst für die Vertriebenen selbst, aber auch für die Mitgliedstaaten, die diese Personen gemäß ihrer nationalen Rechtsvorschriften in ihre Impfstrategien einbeziehen sollten. Darüber hinaus sollten wir uns auf die Auswirkungen des Klimawandels auf die öffentliche Gesundheit konzentrieren; diese können weitreichend sein und möglicherweise Verschiebungen bei den Übertragungswegen von Infektionskrankheiten umfassen, insbesondere bei vektorübertragenen Krankheiten wie Hantavirus-Erkrankungen, Zeckenenzephalitis, Lyme-Borreliose und Malaria.

In diesem Sinne sollten die Mitgliedstaaten gestützt auf die Empfehlung des Rates von 2018 zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten⁵ und die Lehren aus den letzten Jahren der COVID-19-Pandemie ihre gemeinsamen Anstrengungen verstärken.

4 COM(2020) 245 final.

5 COM(2018) 244 final.

Wenngleich die Impfleistungen, -programme und -strategien in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, könnten diese von einem noch besser koordinierten Ansatz für die Prävention und Eindämmung der Ausbreitung von Epidemien und durch Impfung vermeidbaren Krankheiten profitieren, vor allem angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von Infektionskrankheiten und der gemeinsamen Herausforderungen an die nationalen Immunisierungsprogramme, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie, der Migration oder des Affenpocken-Ausbruchs.

Bekämpfung der Impfskepsis: Das Risiko von Fehl- und Desinformation und die Notwendigkeit, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Impfungen zu erhöhen

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

1. WEIST darauf HIN, dass die Tätigkeit der Union gemäß Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) die Politik der Mitgliedstaaten ergänzt und auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit gerichtet ist;
2. STELLT FEST, dass Impfprogramme zwar in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, ein besser koordinierter Ansatz der EU jedoch angesichts des grenzüberschreitenden Charakters von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten im Allgemeinen einen Mehrwert haben kann;
3. STELLT FEST, dass die Impfskepsis unterschiedliche Ursachen hat. Unterschiedliche Situationen wie Routineimpfungen mit bekannten Impfstoffen oder Impfungen während Gesundheitskrisen wie der COVID-19-Pandemie, bei der neu entwickelte Impfstoffe zum Einsatz gelangten, erfordern unterschiedliche Lösungen;
4. ERKENNT AN, dass durch die COVID-19-Pandemie die Gefahren und Herausforderungen, die Fehl- und Desinformation für unsere Gesellschaften mit sich bringen, deutlich herausgestellt wurden. Die „Infodemie“ – ein Übermaß an Informationen, einschließlich falschen oder irreführenden Informationen, in digitalen und physischen Umgebungen während eines Krankheitsausbruchs⁶ – war ein entscheidender Faktor, der die Risiken für die menschliche Gesundheit, die Gesundheitssysteme und ein wirksames Krisenmanagement erhöht hat;

6 https://www.who.int/health-topics/infodemic#tab=tab_1

5. VERWEIST auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters mit dem Titel „Aktionsplan gegen Desinformation“ die am 5. Dezember 2018 angenommen wurde⁷, die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Bekämpfung von Desinformation im Internet“⁸, die am 26. April 2018 angenommen wurde, die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Leitlinien für die Stärkung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation“⁹, die am 26. Mai 2021 angenommen wurde, die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten“¹⁰, die am 26. April 2018 angenommen wurde und die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters mit dem Titel „Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion“¹¹.
6. VERWEIST auf die Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der Resilienz und zur Abwehr hybrider Bedrohungen, einschließlich der Desinformation, im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie¹², auf die Empfehlung des Rates zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten¹³, in der die Frage von Impfskepsis und Desinformation, durch die sich der Schwerpunkt der öffentlichen Wahrnehmung vom Nutzen der Impfung hin zu Wissenschaftsskepsis und Furcht vor möglichen Nebenwirkungen verlagert hat, besondere Beachtung erhält, und NIMMT KENNTNIS von dem Fahrplan¹⁴ der Europäischen Kommission zur Umsetzung der in der Empfehlung geforderten Maßnahmen sowie den Tätigkeiten der Gemeinsamen Aktion für Impfungen (European Joint Action on Vaccination - EU-JAV)¹⁵, die Empfehlungen und konkrete Instrumente für stärkere Reaktionen auf die Herausforderungen des Impfens, einschließlich der Förderung der Impfkzeptanz, anbietet;
7. VERWEIST auf den Bericht der Kommission zum Vertrauen in Impfstoffe in der EU und im Vereinigten Königreich vom 11. Dezember 2020¹⁶;

7 JOIN(2018) 36 final.

8 COM(2018) 236 final.

9 COM(2021) 262 final.

10 COM(2018) 245 final.

11 JOIN(2020) 8 final.

12 ST 13626/20.

13 COM(2018) 244 final.

14 https://health.ec.europa.eu/system/files/2022-07/2019-2022_roadmap_en.pdf

15 <https://eu-jav.com/>

16 https://ec.europa.eu/health/system/files/2020-12/2020_confidence_rep_en_0.pdf

8. VERWEIST auf den Bericht „Countering online vaccine misinformation in the EU“ des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) vom 29. Juni 2021¹⁷, in dem die Faktenlage im Hinblick auf die Bekämpfung von Fehlinformation im Internet über Impfstoffe in der EU untersucht wird, und STELLT das vom ECDC betreute Europäische Impfinformationsportal¹⁸ HERAUS, über das genaue und aktuelle Daten zu Impfungen sowie ein Überblick über den EU-Mechanismus zur Gewährleistung der Sicherheit und Wirksamkeit von Impfungen bereitgestellt werden;
9. VERWEIST AUF die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten¹⁹ und WÜRDIGT dessen allgemeine Rolle und Beitrag, unter anderem zur Erleichterung der Bekämpfung von Fehl- und Desinformation über Impfungen und zur Erhöhung des Impfvertrauens, etwa durch Online-Kurse zum Umgang mit Fehlinformationen über Impfungen²⁰;
10. BEGRÜSST das Programm EU4Health, mit dem die unionsweite und sektorübergreifende Krisenprävention ehrgeizig gefördert wird; ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Verbesserung der Durchimpfungsraten in den Mitgliedstaaten, insbesondere durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für Sensibilisierungskampagnen und Kommunikationsmaßnahmen, die sich sowohl an die breite Öffentlichkeit als auch an spezielle Gruppen richten und darauf abstellen, Impfskepsis sowie Fehl- und Desinformation zu verhindern und dagegen vorzugehen;
11. BEGRÜSST die Maßnahmen von HORIZONT 2020 zur Bekämpfung von Fehlinformation und zur Entwicklung von Instrumenten, um die Durchimpfungsrate zu verbessern, sowie die Maßnahmen von HORIZONT Europa zur Bereitstellung von Fakten, um besser gegen Fehl- und Desinformation vorgehen zu können;
12. BEGRÜSST die von der WHO am 1. April 2020 veröffentlichte Immunisierungsagenda 2030²¹, mit der die Impfskepsis angegangen werden soll, indem robuste und innovative Strategien zur Abfederung von Fehlinformationen über Impfstoffe und zur Verringerung ihrer Verbreitung und negativen Auswirkungen entwickelt werden;

17 <https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/ecdc-launches-report-countering-online-vaccine-misinformation-eueea>

18 <https://vaccination-info.eu/de>

19 2020/0320(COD).

20 Fehlinformation (europa.eu)

21 <https://www.who.int/publications/m/item/immunization-agenda-2030-a-global-strategy-to-leave-no-one-behind>

13. **UNTERSTREICHT** die Notwendigkeit einer konstanten Analyse und öffentlichen Kommunikation über die individuellen Risiken und Vorteile in verschiedenen Risikogruppen und bei Menschen, die beispielsweise aufgrund von sozialen, kulturellen oder sprachlichen Herausforderungen nicht über ausreichende Informationsquellen verfügen;
14. **ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN:**
- interdisziplinäre Expertise zu nutzen (einschließlich Experten für die öffentliche Gesundheit, für digitale Gesundheitslösungen, für Kommunikation und soziale Medien sowie Verhaltensexperten), um die Anstrengungen zur Bekämpfung von Fehl- und Desinformation über Impfstoffe zu intensivieren und einen solideren, faktenbasierten und stärker strategisch ausgerichteten Ansatz für die Kommunikation über Impfstoffe mit harmonisierten Benachrichtigungen zwischen den Beteiligten anzuwenden;
15. **ERSUCHT DIE KOMMISSION,**
- ohne Überschneidungen mit bestehenden Initiativen und mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand für die Mitgliedstaaten ein Expertenforum über Impfskepsis als eine Plattform einzurichten, wo Experten aus allen relevanten Bereichen zusammenkommen, um zu diskutieren, bewährte Verfahren auszutauschen, die Tätigkeiten der Gemeinsamen Aktion für Impfungen über das eigentliche Projekt hinaus weiterzuverfolgen und insbesondere die Kommunikation mit den EU-Agenturen zu erleichtern und zu beschleunigen, um Leitlinien dafür vorzugeben, wie die Durchimpfungsraten in der gesamten Europäischen Union erhöht werden können;
 - wenn angebracht, die Koordinierung zwischen den EU-Politiken zu Impfungen und zur Bekämpfung von Desinformation zu verstärken, um einen stärker ganzheitlichen Ansatz zu unterstützen, u.a. durch die Veröffentlichung einer Mitteilung der Kommission zur Bekämpfung der Impfskepsis;
 - gemeinsam mit dem ECDC den Mitgliedstaaten auf Anfrage unverbindliche maßgeschneiderte Empfehlungen und Leitlinien zum Vorgehen gegen Impfskepsis unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten bereitzustellen;
 - auf Ersuchen der Mitgliedstaaten deren Verantwortlichen für die nationalen Immunisierungsprogramme Beratung über die Nutzung aller einschlägigen EU-Programme und -Instrumente für gezielte Impfkampagnen und über die Beurteilung dieser Kampagnen bereitzustellen;

16. ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE KOMMISSION,

- Schulungsangebote (Schulungen zu Kommunikation und sozialen Medien) zu entwickeln, durch die Gesundheitsfachkräfte und Experten für Gesundheitskommunikation in die Lage versetzt werden, versierter mit wirksamen Methoden und Instrumenten zur Bekämpfung von Fehl- und Desinformation über Impfstoffe, einschließlich im Internet, umzugehen, Kommunikationsstrategien zu entwickeln oder eine wirksame Kommunikation zwischen Gesundheitsfachkräften und Bürgern über die Vorteile des Impfens zu gewährleisten (gemeinsame Entscheidungsfindung); dabei sind die Impfkoalition sowie Verbände von Gesundheitsfachkräften und Studentenvereinigungen auf nationaler Ebene einzubeziehen;
- Sensibilisierungsmaßnahmen zu den Vorteilen des Impfens zu fördern, unter anderem durch Partnerschaften mit dem Bildungssektor, den Sozialpartnern und durch auf die Medien ausgerichtete Maßnahmen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Verantwortung und der Rolle von Plattformen der sozialen Medien liegen sollte;
- nationale Strategien zu unterstützen, die für die Bereitstellung von zugänglichen, gerechten und attraktiven Impfleistungen für alle in Frage kommenden Menschen sorgen und garantieren, dass Impfungen nicht zu einer vertanen Chance werden;

Verstärkung der Zusammenarbeit in der EU als Vorbereitung auf künftige

Herausforderungen: Aufbau auf bewährten Verfahren und gewonnenen Erkenntnissen

17. STELLT FEST, dass die COVID-19-Pandemie die Impfpolitik auf europäischer und nationaler Ebene erheblich und in beispielloser Weise beeinflusst hat. Zwar war die Akzeptanz von COVID-19-Impfstoffen in einigen Mitgliedstaaten hoch, in vielen anderen jedoch war sie unzureichend. Auch wurde die Entwicklung neuer Instrumente und Lösungen beschleunigt, auf denen die EU aufbauen kann, um die Zusammenarbeit bei Impfstrategien und Immunisierungsprogrammen zu fördern;
18. UNTERSTREICHT die Vorteile einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Impfskepsis und der Verbesserung der Durchimpfungsrate, wobei er sich bewusst ist, dass Ansätze, die sich deutlich voneinander unterscheiden, obwohl sie auf denselben wissenschaftlichen Daten beruhen, in einigen Fällen das Vertrauen der Öffentlichkeit in Impfungen negativ beeinflussen können;
19. VERWEIST auf die Verordnung (EU) 2021/953 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2021 über einen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von COVID-19-Impfungen und -Tests sowie der Genesung von einer COVID-19-Infektion (digitales COVID-Zertifikat der EU), das ein großer Erfolg für die EU war;
20. VERWEIST auf die Impfstoffstrategie der EU zur Beschleunigung der Entwicklung, Herstellung und Bereitstellung von Impfstoffen gegen COVID 19, die von der Kommission am 17. Juni 2020 vorgelegt wurde und die den Mitgliedstaaten die gemeinsame Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen und den rechtzeitigen Zugang zu ihnen ermöglicht hat;
21. BEGRÜSST die Einrichtung der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA), die daran arbeiten sollte, im Bereich der medizinischen Gegenmaßnahmen die Vorsorge und die Reaktion angesichts schwerwiegender grenzüberschreitender Gefahren zu verbessern, wobei sie eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten sollte. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung medizinischer Gegenmaßnahmen gewidmet werden;

22. STELLT FEST, dass sich die internationale Mobilität und Migration beschleunigt haben, weshalb die Zusammenarbeit im Bereich der Impfung stets eine globale Dimension haben sollte;
23. VERWEIST auf die Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Aufnahme von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen: Vorbereitung Europas zur Deckung des Bedarfs“ vom 23. März 2022, in der hervorgehoben wird, dass die Impfquote unter den vertriebenen ukrainischen Menschen erhöht werden muss, wobei Kinderimpfprogramme besondere Aufmerksamkeit erhalten sollten;
24. VERWEIST auf die Leitlinien des ECDC „Operational public health considerations for the prevention and control of infectious diseases in the context of Russia’s aggression towards Ukraine“ (Operative Erwägungen der öffentlichen Gesundheit zur Prävention und Bekämpfung von Infektionskrankheiten im Zusammenhang mit der Aggression Russlands gegenüber der Ukraine) vom 8. März 2022;
25. BETONT, dass voraussichtlich auch andere globale Probleme und Krisen das Auftreten von Infektionskrankheiten in der EU beeinflussen werden, insbesondere der Klimawandel, durch den wahrscheinlich die Übertragung von Zeckenzephalitis und anderen vektorübertragenen Krankheiten wie West-Nil-Fieber oder Dengue-Fieber zunehmen wird;
26. WÜRDIGT die Arbeit des Europäischen Netzwerks der Arzneimittelzulassung, das die Qualität, Wirksamkeit und Sicherheit von Arzneimitteln in der Europäischen Union sicherstellt. Die Arbeit des Netzwerks umfasst wissenschaftliche Vernetzung, Benchmarking und eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden, die zu vertieftem Wissen über Impfstoffe beiträgt und die Zuverlässigkeit in der europäischen öffentlichen Wahrnehmung erhöht;
27. ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN:
 - Impfkampagnen für Erwachsene zum Schutz vor übertragbaren Infektionskrankheiten wie Masern, Diphtherie, Tetanus oder Poliomyelitis zu fördern, die schwerwiegenden Folgen haben können;
 - die Impfkampagnen für Kinder beizubehalten und Kindern, die noch nicht durch Impfungen geschützt sind, Schutz vor übertragbaren Infektionskrankheiten zu bieten, z.B. indem Nachhol-Impfkampagnen durchgeführt werden;

- die Digitalisierung des Gesundheitssystems zu unterstützen und zu prüfen, ob die Kapazitäten medizinischer Einrichtungen zur Speicherung elektronischer Informationen über den Impfstatus der Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden können;
- einen angemessenen Bestand an Gesundheitspersonal, das in der Lage ist, rasch und wirksam auf Gesundheitsgefahren zu reagieren, aufzubauen und zu erhalten und die Durchimpfungsrate von Gesundheitsfachkräften als Beispiel guter Gesundheitsvorsorge für die breite Öffentlichkeit zu verbessern;
- Gesundheitserziehung und Gesundheitskompetenz unter dem Blickwinkel des gesamten Lebensverlaufs zu fördern;

28. ERSUCHT DIE KOMMISSION,

- für den Schutz der Gesundheitsdaten zu sorgen und gleichzeitig zu prüfen, wie die rechtlichen und technischen Hindernisse für die Interoperabilität der (sub-)nationalen Immunisierungsinformationssysteme – sofern vorhanden – durch die Möglichkeiten, die bestehende oder künftige Mechanismen für den grenzüberschreitenden Austausch von Gesundheitsdaten bieten, zu überwinden sind, und den diesbezüglichen Nutzen wie auch den Nutzen einer digitalen Version von Impfzertifikaten zu beurteilen, wobei die Erfahrungen mit europäischen digitalen Infrastrukturen und anderen bestehenden Instrumenten wie dem internationalen Impfpass (International Certificate of Vaccination or Prophylaxis) zu berücksichtigen sind;
- einen besonderen Schwerpunkt auf Forschung und Innovation zu legen und Möglichkeiten zu prüfen, wie die Entwicklung neuer Impfstoffe gegen (wieder) aufkommende Infektionsgefahren unterstützt werden kann, wobei besonderes Augenmerk auf vektorübertragene Krankheiten zu richten ist;
- das ECDC zu ersuchen, seine Leitlinien für die öffentliche Gesundheit zum Thema Screening und Impfungen im Zusammenhang mit Infektionskrankheiten bei neu angekommenen Migranten in der EU und im EWR unter Berücksichtigung der bestehenden nationalen Leitlinien für die öffentliche Gesundheit zu aktualisieren;

29. ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE KOMMISSION,

- ausgehend von den bewährten Verfahren und guten Erfahrungen im Zusammenhang mit dem „Bazaar-Tool“, das für die Bedürfnisse des Lenkungsausschusses für die Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen entwickelt wurde, eine virtuelle Datenbank zu entwickeln, um einen Informationsaustausch auf freiwilliger Basis über mögliche Überschüsse und Defizite bei wesentlichen Impfstoffen zu erleichtern und so einen möglichen Weiterverkauf oder Spenden zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen;
- wo angebracht, Möglichkeiten der gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen unter Berücksichtigung der auf Unionsebene anerkannten schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und des tatsächlichen Bedarfs der Mitgliedstaaten zu nutzen;
- das Europäische Netz für die Regulierung von Arzneimitteln durch einen gut ausgestatteten und flexiblen Mechanismus zu unterstützen, um die Arbeit des Netzwerks zu konsolidieren und die langfristige Tragfähigkeit seines Beitrags zu gewährleisten.
